

E d i t o r i a l

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen,
das Jahr neigt sich dem Ende zu. Doch vorher wollen wir euch noch einmal über das aktuelle Geschehen an der Universität und Neuigkeiten in der Hochschulpolitik informieren. Nach der Auszeichnung in der ausschließlich forschungsorientierten Exzellenzinitiative wenden wir uns einer näheren Betrachtung der Lehre zu. Weiter widmen wir uns einigen Themen finanzieller Natur, indem wir über die erfreuliche Anhebung des BAföG ebenso berichten wie über die weniger erfreuliche Erhöhung der Mensapreise und die neuesten Entwicklungen der Verhandlungen zum Semesterticket. Ferner berichten wir über die geplante Chipkarten-Kopierfunktion und Studienfächer, die unlängst Schlagzeilen machten.

Ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr wünscht euch im Namen der ADF
Jan-Frederik Lücke

AUS DEM INHALT

- Mensapreise steigen** Seite 3
- BAföG wird erhöht** Seite 3
- Anerkennungen erleichtert** Seite 4
- Neues zum Semesterticket** Seite 5

FORSCHUNG HUI, LEHRE PFUI ?!

„EXZELLENZ“ WIRD STAATLICH GEFÖRDERT — STUDIERENDE SOLLEN DEFEKTE TAFELN ERSETZEN

Die ersten Wogen des Erfolgs und Glücksgefühls haben sich gelegt, und Ernüchterung kehrt ein in der Universität. Die Exzellenzinitiative hat 100 Millionen Euro nach Göttingen gespült, die sich nunmehr doch als nur etwa 85 herausstellen, und so muss man sich schon wieder Gedanken machen, wo denn im ambitionierten Zukunftskonzept noch Raum für den Rotstift bleibt. Aber zu sparen, das kennen die niedersächsischen Hochschulen wie nichts anderes, und in Plänen, die man noch gar nicht umgesetzt hat, fällt es sicher leichter, als bei bereits real existierenden Strukturen.

Dennoch: die Forschung profitiert in den letzten Monaten doch deutlich von staatlichen Finanzierungszusagen. Die Exzellenzinitiative ist da nur ein Beispiel; hier hat sogar das Land Niedersachsen schon anteilige Weiterfinanzierung nach Auslaufen des Bewilligungszeitraums und die Förderung von gut bewerteten, aber im eigentlichen Wettbewerb nicht erfolgreichen Anträgen zugesagt – ein Bonbon im Vorgang zur anstehenden Landtagswahl, das man sich angesichts des ausnahmsweise gut gefüllten

Steuersäckels auch leisten kann. Ähnlich ist es beim so genannten Hochschulpakt 2020 (s. Wadenbeißer Nr. 69/23.04.2007). Auch hier profitiert die Forschung, indem bewilligte Drittmittelprojekte zukünftig mit Overhead-Mitteln aufgestockt werden (die so genannte ‚Programmpauschale‘); die Hochschulhaushalte werden dadurch nicht unerheblich entlastet. Auch für die Lehre gibt es zwar Hochschulpakt-Mittel; sie decken aber kaum wirklich die Kosten, die durch die zur Einwerbung obligatorische Schaffung neuer Studienplätze entstehen.

HRK FÜR LEHROFFENSIVE

Berechtigt kann man nun fragen: Was ist eigentlich mit der Lehre? Zumindest überregional hat man sich damit schon ein Stück weit auseinandergesetzt. Der Senat der Hochschulrektorenkonferenz forderte zuletzt Mitte Oktober eine ‚Qualitätsoffensive für die Lehre‘, die insbesondere eine Verbesserung der Betreuungsrelation umfasse. Explizit heißt es, die Zahl der Dozenten je Studierendem solle in den nächsten fünf Jahren kapazitätsneutral verdoppelt werden, um international vergleichbaren Ansprüchen

gerecht werden zu können. Das ist unzweifelhaft eine kühne Zielsetzung, die durch Anpassungen im Kapazitätsrecht und den Einsatz von Studiengebühren erreicht werden sollte. Die HRK hat damit bereits ältere Forderungen zum Kapazitätsrecht wieder aufgegriffen.

Juristisch ist der ganze Komplex nicht eben trivial. Das ganze – nicht unkomplizierte – Kapazitätsrecht, nach dem spezifisch für alle Fächer aus dem zur Verfügung stehenden Lehrpersonal die Zahl der Studienplätze ermittelt wird, basiert immerhin auf einer höchstrichterlichen Entscheidung aus den siebziger Jahren. Das Bundesverfassungsgericht hatte damals zu Gunsten der Ausbildungsfreiheit geurteilt, dass es Ländern und Hochschulen untersagt sei, vorhandene Studienplätze nicht zu besetzen und damit ‚unzulässige Niveaupflege‘ zu betreiben. Die Politik verwendet indes ihrerseits auch weiterhin gern die Stellschrauben des Kapazitätsrechts, um die Anzahl der Studienplätze sozusagen künstlich anzuheben, obwohl keine Mittel für weiteres Personal zur Verfügung gestellt werden. Niedersachsen hat dies

gerade zum jetzt laufenden Semester an den Fachhochschulen so betrieben.

STUDIENGEBÜHREN ALS ALLHEILMITTEL?!

Studiengebühren sind das Mittel, mit dem für gewöhnlich die Länder den Versuch unternehmen, das Kapazitätsrecht auszuhebeln. Mit Studierendengeldern bezahltes Personal ist demnach per Gesetz auch in Niedersachsen als nicht kapazitätswirksam deklariert und somit geeignet, die Betreuungsrelationen zu verbessern. Ob Gerichte aber diese Regelungen anerkennen, bleibt vermutlich noch eine Weile ungeklärt, ist aber an sich nicht einmal besonders wahrscheinlich. Sobald es also jemandem gelingt, sich in einen Studiengang einzuklagen, weil Richter zu der Auffassung kommen, dass auch aus Studiengebühren bezahlte Dozenten die Zahl der Studienplätze erhöhen, hat sich das Märchen von ausschließlicher Verbesserung der Studienbedingungen durch Einsatz von Studiengebühren erledigt, auf dem derzeit ein Großteil der gesellschaftlichen Akzeptanz bzw. Duldung derselben beruht. Die Studierenden selbst können

damit zu Recht zurückkommen auf eine Forderung nach Ausweitung der staatlichen Finanzierung auch im Bereich der Lehre, zumal ein Eintreten gegen die freie Wahl des Ausbildungsplatzes oder für die Finanzierung von Grundangeboten der Hochschulen durch die Studierenden völlig indiskutabel sind.

Doch zurück nach Göttingen. Wie ist es hier bei uns bestellt um die Lehre und den Service für Studierende? Was ist eigentlich geworden aus ambitionierten Prestigeprojekten der Universität, wie geht es dem Lehrangebot und was haben Studiengebühren bisher ganz real gebracht?

IN DER LEHRE GLÄNZT NICHT ALLES

Die Antwort muss vielschichtig ausfallen, es gibt ‚solche und solche‘, aber die Zahl der Baustellen scheint zumindest nicht abgenommen zu haben. Dass die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor- und Masterstrukturen weithin verschlafen und dann überstürzt wurde, dass basale Fragen wie die nach der Bereitstellung von Lehrangeboten im Bereich der Schlüsselkompetenzen viel zu spät in Angriff genommen wurden und damit weiter nicht gelöst sind, dass man im Präsidium zwar schon kühn daran denkt, das eigene Qualitätssicherungssystem akkreditieren zu lassen, aber noch keine wirkliche Vorstellung hat, wie dieses eigentlich aussehen soll – das alles ist nur die Spitze des sprichwörtlichen Eisbergs.

Bachelor und Master haben in der Tat einige Veränderungen gebracht, sie sind betreuungsintensiver und idealiter nicht bloße Abbildungen vorheriger Diplom- oder Magisterstrukturen – diese Erkenntnis hat sich glücklicherweise durchgesetzt, und so sind die neuen Studiengänge in der Theorie ganz überwiegend durchaus gelungen. Doch treten in der Praxis neue Probleme auf. Nicht selten haben sich fachinterne Gewichtungen verändert, die in den alten Gegebenheiten angepassten Seminar-, Instituts- oder Abteilungsstrukturen nicht abgebildet sind. So finden sich plötzlich Lehreinheiten in der Situation, viel mehr Angebot vorhalten zu müssen als bisher, während

die Kollegen im Flur gegenüber gar nicht wissen, wohin mit all ihrer Kapazität, und während wieder andere sich mit Verweis auf die Freiheit von Forschung und Lehre auf Spezialveranstaltungen, die nicht nachgefragt werden, zurückziehen. (Ähnliches kann passieren, wenn über die Jahre hinweg die fachliche Ausrichtung von Stellen verändert worden ist, ohne dass sich das irgendwie auf die Curricula ausgewirkt hätte.) Da Kommunikation auf diesen Ebenen – denn in der Forschung kommt man sich in der Regel nicht allzu nahe, während in Budgetfragen sozusagen Nichtangriffspakte vereinbart sind – überaus unüblich ist, stehen zumindest die einen mit völlig überfüllten Lehrveranstaltungen da und tragen ihren Studierenden mit aller Überzeugung und aus ihrer Sicht nachvollziehbar vor, dass man da ja mal was machen müsse – ‚aus Studienbeiträgen‘, versteht sich.

MÄNGEL IM PLANUNGSBEREICH

Das ist nur ein Symptom des Umstands, dass die Fächer bzw. Fakultäten oftmals nicht in der Lage sind, ihr Lehrangebot ordentlich zu beplanen. Das wird ohnehin als lästig empfunden, irgendwie nebenbei erledigt; Studiendekanane, die nach Gesetz eigentlich für ein funktionierendes Angebot zu sorgen haben und das auch renitenten Dozenten gegenüber durchsetzen könnten, sind überlastet, sehen die Probleme gar nicht oder kennen ihre eigenen Rechte nicht; das zuständige Präsidiumsmitglied greift nicht durch oder fühlt sich gar hilflos. Abhilfe könnten zumindest theoretisch Maßnahmen bringen, welche die Studiendekanate institutionell stärken und professionalisieren; solche befinden sich derzeit in Planung – ‚aus Studienbeiträgen‘, versteht sich.

Auch beim Blick in Hörsaal und Seminarraum tun sich manche Abgründe auf. Dass exzellente Forscher nicht immer aus sich heraus mit echten Stärken in der Lehre gesegnet sind, ist lange bekannt; wer kennt sie nicht, die konsequent nur zu ihren Tafeln, nicht zu ihren Studierenden sprechen? Die Universität hat bislang praktisch keine hoch-

schuldidaktischen Angebote, und jene, die sie bräuchten, würde man kaum willentlich zur Teilnahme bewegen können. Dass dennoch, nicht zuletzt für den wissenschaftlichen Nachwuchs, Weiterbildungsmöglichkeiten in der Hochschuldidaktik notwendig

Leserbriefe

LESERBRIEFE ERWÜNSCHT, so kann man es kurz und knapp formulieren. Falls ihr Anregungen habt, eure Meinung zu einem Artikel oder einem Thema äußern möchtet oder bei uns mitmachen wollt, dann schreibt einfach eine E-Mail an uns (adf@stud.uni-goettingen.de). Auch Anregungen für neue Themen und neueste Informationen aus den Fachbereichen sind herzlich willkommen.

sind, kann nicht ernsthaft bezweifelt werden. Wieder hat die Universität kein Geld, weshalb sich das Angebot mittelfristig auch aus Teilnahmegebühren tragen müsste; eine Anschubfinanzierung dürfte es wohl dennoch geben – ‚aus Studienbeiträgen‘, versteht sich.

SCHWÄCHEN AUCH IM SERVICE

‚FlexNow!‘ gehört die Zukunft in der Prüfungsverwaltung, und seine Kinderkrankheiten hat sich das System bis weit in die Pubertät hinein bewahrt, so sehr, dass vor jeder Erhebung über die Nutzerzufriedenheit vehement zurückgeschreckt wird. Nicht anmelden können, nicht abmelden können, Ergebnisse nicht abfragen können und der daraus sich ergebende regelmäßige persönliche Kontakt mit den Mitarbeitern der strukturell unterbesetzten Prüfungsämter sind wie bisher an der Tagesordnung. Mag sein, dass sich die ersten schon an die guten alten Zeiten zurück sehnen, als etwa im Math.-Nat.-Prüfungsamt gelegentlich immerhin stundenweise wenigstens der Briefkastenschlitz geöffnet war.

Aber auch jenseits der Prüfungsverwaltung ist Service ein Problem. Berater können nicht ordentlich beraten, nicht zuletzt weil sie selbst nicht richtig beraten und koordiniert werden, das alte Hin- und Hergelaufe von A nach B über D gibt es immer noch, obwohl wir doch eigentlich seit

zwei Jahren eine Studienzentrale haben, die das alles überflüssig machen sollte. Eine Online-Umfrage des AstA hat unlängst ergeben, dass besonders die zentralen Servicestellen der Universität der Tendenz nach am wenigsten Zufriedenheit bei den Studierenden hervorrufen; in Einzelkommentaren wird vor allem über unzulängliche Information, ebenso oft über Unfreundlichkeit geklagt. Es entsteht der Eindruck, dass jene unzulänglichen Informationen durchaus System haben, da selbst innerhalb der Verwaltung Neues und Geändertes nicht selten einfach nicht

dort ankommt, wo es hin sollte. Besserung in Form eines ganzheitlichen Beratungskonzeptes ist auch hier in Sicht – ...

Beinahe die geringsten Schwächen liegen inzwischen in der Lehrraumausstattung. Bald hat jeder Seminarraum einen eigenen fest installierten Beamer, neue Bestuhlung, neue Akustik, neue Beleuchtung – ‚aus Studienbeiträgen‘, versteht sich.

Nur dort, wo die Bohlen mit hundert Dezibel knarren, die Tafeln von den Wänden fallen, das Regenwasser innen an Scheiben entlang fließt und die Heizungen entweder gar nicht oder durchgängig auf Stufe fünf laufen, bleibt alles beim Alten, weil das Land sowieso nicht zahlt, die Universität weitere Mittel für Bauunterhaltung nicht aufbringen kann, und niemand gewagt hat, auch in diesen Fällen ernsthaft vorzuschlagen: ‚aus Studienbeiträgen, versteht sich‘. – Noch nicht.

Es fehlt nicht an Beispielen, um diese Art von Aufzählung noch einige Zeit fortzusetzen. Deutlich ist, dass viele Aspekte der Lehre noch weit davon entfernt sind, in einem guten Zustand zu sein; Exzellenz ist fern, die Qualitätsoffensive notwendig, erste Schritte werden getan, und allzu oft gilt der erste Finanzierungsgedanke den Studiengebühren. Hierbei gilt auch weiter: Verbesserung der Lehre – schön und gut. Aber nicht die Grundlagen, nicht immer, und nicht alles.

MENSAPREISE WERDEN ERHÖHT

von *Andreas Redeker*

Das neue Jahr 2008 wird in den Mensen des Studentenwerks höhere Preise für Studierende bringen. Um durchschnittlich 14 ct wird ein Essen dann teurer. Besonders auffällig wird sicher die Erhöhung des Stamm-II-Preises auf 2 €. Die letzte Erhöhung gab es allerdings schon 2003. Seit dem belasten höhere Energiekosten, Lohnsteigerungen und gestiegene Lebensmittelpreise das Ergebnis der Verpflegungsbetriebe erheblich. Die geplante Preiserhöhung muss daher sogar als eher moderat bewertet werden und ist völlig gerechtfertigt. Dass sie teilweise prozentual relativ hoch erscheint, liegt an der starken Subventionierung des Essenspreises. Die tatsächlichen Produktionskosten für ein Essen liegen nämlich mit etwa 4,60 € deutlich über dem durchschnittlichen studentischen Preis von etwa 2 €. Dadurch entsteht in den Mensen jährlich ein Fehlbe-

trag von etwa 4,4 Millionen €, der über staatliche Finanzhilfe und die Beiträge der Studierenden gedeckt werden muss. Es ist daher auch eine Anpassung des Semesterbeitrages zum Sommersemester 2008 um 6 € geplant, um das Gesamtbetriebsergebnis nicht zu sehr ins Negative abrutschen zu lassen.

Zusätzliche finanzielle Belastungen erwartet das Studentenwerk im Zusammenhang mit dem Umbau der Zentralmensa. Die Verkleinerung des Wahlbereichs durch die provisorische Werkstatt ist ja bereits ein Anzeichen für die 2008 beginnenden deutlichen baulichen Eingriffe bei laufendem Betrieb. Die Studierenden und Mitarbeiter werden folglich einigen Lärm und Dreck aushalten müssen, weshalb auch ein Rückgang der Besucherzahlen für 2008 und 2009 eingeplant ist. Die sich dadurch ergebenden Fehlbeträge will das

Studentenwerk allerdings nicht durch Preiserhöhungen ausgleichen. Sie werden aus Rücklagen finanziert, in der Hoffnung, dass die Studierenden nach dem Umbau wieder genauso zahlreich die Mensa besuchen wie heute. Traurig zu vermerken bleibt allerdings, dass nur die Studierenden durch Erhöhung von Entgelten und Beiträgen die zusätzlichen Kosten finanzieren sollen. Auch die Mitarbeiterpreise waren zwar bereits zum Januar 2007 mit 50 ct pro Essen deutlich erhöht worden. Allerdings war diese Erhöhung auch dringend angezeigt, da die Preise nicht zur Deckung der entstehenden Kosten ausreichend waren. Im Gegensatz zu den studentischen Essen können sie aber nicht durch die Finanzhilfe des Landes und die Beiträge der Studierenden subventioniert werden, sondern nur durch den von der Universität gezahlten Kan-

tenanteil, der jedoch deutlich geringer ausfällt. Die Erhöhung des Mitarbeiterpreises sollte daher die Quersubventionierung durch Beiträge der Studierenden senken.

Mit der beschlossenen Erhöhung der Essenspreise für die Studierenden und der Erhöhung des Semesterbeitrages 2006 um 4 € sowie der jetzt geplanten Erhöhung um 6 € werden auch die Studierenden seit 2003 mit 38 ct pro Essen mehr belastet (legt man den Semesterbeitrag auf die Anzahl von 84 Essen pro Studierenden und Jahr um). Es wäre daher sowohl politisch als auch betriebswirtschaftlich durchaus geboten, auch die Mitarbeiter noch mal durch eine Preiserhöhung an den gestiegenen Kosten zu beteiligen, anstatt weiterhin jedes Mitarbeiteressen mit ca. 30 ct aus Semesterbeiträgen der Studierenden zu subventionieren.

22. BAFÖG-NOVELLE BESCHLOSSEN

von *Silja-Katharina Haufe*

Seit Jahren steigen die Preise in Deutschland, das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) aber bewegt sich seit 2001 nicht. Am 16. November wurde nun die lang ersehnte BAföG-Erhöpfung im Bundestag verabschiedet. Leider erst zum Wintersemester 2008/2009 werden die BAföG-Bedarfssätze um 10 % und die Elternfreibeträge um 8 % erhöht. Der BAföG-Höchstsatz steigt damit von bislang 585 € auf künftig 643 € pro Monat. Die Anpassung kommt allerdings später als vom Beirat für Ausbildungsförderung empfohlen; dieser hatte bereits eine Erhöhung für das Jahr 2007 befürwortet. „Der erste Schritt in die richtige Richtung ist gemacht. Die Erhöhung war das Mindeste, aber nun muss es weiter gehen“, fordert konsequent Martin Menacher, Vorstandsmitglied des bundesweiten Studierendenverbandes fzs. Um das BAföG als zentrales Instrument für mehr Chancengleichheit leistungsfähig zu gestalten, müssen die Bedarfs-

sätze in Zukunft regelmäßig an die allgemeine Preissteigerung angepasst werden. „Der Erhöhung müsste gleich wieder eine Erhöhung folgen, werden doch die Preis- und Einkommensentwicklung von 2007 und 2008 wieder nicht berücksichtigt“, so der Präsident des Deutschen Studentenwerks, Prof. Dr. Rolf Dobischat. Stattdessen sieht die Gesetzesnovelle nun sogar eine Verschiebung der nächsten Überprüfung um ein Jahr nach hinten vor, so dass die Bedarfssätze frühestens wieder im Jahr 2010 an die dann aktuellen Lebenshaltungskosten angepasst werden können.

Der jetzt beschlossenen Anpassung ging die bundesweite Kampagne „BAföG rauf“, die auch der AStA Göttingen und der fzs unterstützt hatten, voraus. Das BAföG ist immer noch das wichtigste Instrument, um Kindern aus allen Bevölkerungsschichten ein Studium zu ermöglichen. Dobischat: „Es ist eine Investition in

die Zukunft, und es ist angesichts der hohen Zahl von BAföG-Geförderten in den Ingenieur- und Naturwissenschaften ein gutes Mittel gegen Fachkräftemangel.“ Gemäß der aktuellen Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, die bereits 18 Male durchgeführt wurde, geben 79% der rund 500.000 geförderten Studierenden an, ohne Förderung gemäß BAföG nicht studieren zu können.

Auch die Förderung für vollständig im europäischen Ausland ab-

solvierte Ausbildungsgänge wird im Zuge der Novelle durch den Wegfall der obligatorischen Orientierungsphase zukünftig erleichtert. Damit sind Studierende nicht mehr zum Studienbeginn in Deutschland gezwungen. Allerdings werden gleichzeitig die bisher als Vollzuschuss geleisteten Auslandsförderungsbestandteile auf das aus dem Inland bekannte Modell mit hälftigem Darlehensanteil umgestellt. Gefördert werden nun außerdem Praktika außerhalb Europas.

Entwicklung des BAföG

Das BAföG wurde zum 1. September 1971 als Vollzuschuss eingeführt. Die Höchsthöhe von 420 DM entsprach dabei der Empfehlung aus der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Die Höhe sollte eigentlich alle zwei Jahre überprüft und angepasst werden, in der Realität ist dies jedoch häufig nicht geschehen; der reale Wert der Förderung ist dadurch seit 1971 um ca. 21% gesunken. Nachdem in den 80er-Jahren das BAföG zwischenzeitlich auf ein reines Darlehen umgestellt wurde, erhalten Studierende heute im Regelfall die Hälfte der Förderung als Zuschuss und müssen die andere Hälfte zurückzahlen.

ERLEICHTERTE ANERKENNUNG VON AUSLANDSLEISTUNGEN

BUNDESREPUBLIK RATIFIZIERT ABKOMMEN NACH ZEHN JAHREN

von Andre Dorenbusch

Nicht wenige Studierende, die ein Semester oder länger im Ausland studiert haben, standen in der Vergangenheit vor teils schwerwiegenden Problemen, wenn sie versucht haben, ihre im Ausland erworbenen Leistungen hier in Göttingen anerkennen zu lassen. In vielen Fällen kommt es nun zu Erleichterungen bei der Anerkennung.

Zum 1. Oktober ist das so genannte ‚Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region‘ (*volgo* ‚Lisbon Recognition Convention‘) in Deutschland in Kraft getreten. Das Abkommen regelt die gegenseitige Anerkennung von Hochschulzugangsberechtigungen, Studienzeiten und Hochschulabschlüssen in den Signatarstaaten. Es war bereits im April 1997 in Lissabon unterzeichnet worden und musste in Deutschland zehn Jahre auf seine Ratifizierung warten.

Träger der Vereinbarung sind der Europarat und die UNESCO

(Bereich Europa). Der Europarat hat 47 Mitgliedsstaaten und umfasst neben den Staaten auf dem europäischen Kontinent auch die Türkei, Russland, Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Er ist übrigens auch diejenige Organisation, von der der Bologna-Prozess ausgeht.

Nicht alle Europarats-Mitglieder haben die Recognition Convention unterschrieben und ratifiziert. Sie gilt derzeit nicht in Andorra, Belgien, Griechenland, Italien, Monaco und den Niederlanden sowie in San Marino und Spanien. Hingegen gilt das Übereinkommen auch in Australien, Weißrussland, Israel, Kazachstan und Kirgisistan sowie im Vatikan. Auch Kanada und die USA haben zwar das Übereinkommen unterzeichnet; hier steht jedoch die Ratifizierung auch noch aus.

Interessant ist insbesondere, dass für Leistungen, die in den Signatarstaaten erbracht wurden und entsprechend belegt sind, die in den einschlägigen Prüfungsord-

nungen ja immer eingeforderte ‚Gleichwertigkeit‘ im Zweifel nicht mehr durch den Studierenden nachzuweisen ist. Vielmehr muss zukünftig die Universität belegen, dass diese nicht besteht (Beweislastumkehr), und die Abgewiesenen zusätzlich darüber belehren, welche Maßnahmen sie ergreifen können, um die Anerkennung zu einem späteren Zeitpunkt zu erlangen. Gegen die Ablehnung können dann auch Rechtsmittel eingelegt werden. Zusätzlich hat der Studierende Anspruch auf eine Entscheidung über die Anerkennung in angemessener Frist.

Kriterien für die Anerkennung gemäß dem Übereinkommen sind die erzielten learning outcomes sowie die Programmqualität. Eine Anerkennung ist demnach vorgesehen, wenn nicht ein wesentlicher Unterschied belegt werden kann.

Wesentliche Unterschiede können insbesondere bestehen in zu unterschiedlichen learning outco-

mes, zu starken Unterschieden in den Programmstrukturen zwischen dem hiesigen und dem ausländischen Studienprogramm, die die Gleichwertigkeit der learning outcomes in Frage stellt, ferner in nachweislich zu großen Qualitätsunterschieden der Programme, aber auch durch zu hohes Alter der Qualifikation, die anerkannt werden soll.

Auch starke Abweichungen im Umfang der geforderten Studien- und Prüfungsleistungen hingegen können nicht mehr allein zur Verweigerung der Anerkennung führen.

Die Anerkennung von Studienleistungen im Ausland kann bereits im Vorfeld des Auslandsaufenthaltes zusätzlich gesichert werden, wenn so genannte learning agreements zwischen den Hochschulen und den betroffenen Studierenden abgeschlossen werden. Wer ein Auslandssemester absolvieren möchte, sollte also vorab den Abschluss einer solchen Vereinbarung anstreben.

CHIPKARTENZAHLUNG FÜR KOPIERER VERZÖGERT SICH WEITER

von Christian Zigenhorn

Die Umstellung der Kopierer auf die Bezahlung mit der Chipkarte wird sich weiter verzögern. Nachdem es Anfang Oktober noch hieß, die Umstellung werde zum Jahreswechsel erfolgen (siehe Wadenbeißer Nr. 71), ist mittlerweile der März 2008 als Einführungszeitraum im Gespräch. Nach Aussagen der Universitätsverwaltung liegt dies vor allem an technischen Schwierigkeiten mit den neuen Kopierern, aber auch Besonderheiten des eingesetzten Chipkartensystems sorgen für Probleme und Verzögerungen. Wird die verwendete RFID-Technologie und damit die berührungsfreie Übertragung der Daten zwischen Chipkarte und Kartenlesern an vielen Stellen als Vorteil gesehen,

so ist sie in diesem Einsatzbereich ein Problem. Während an den Kassen der Mensen und Cafeterien des Studentenwerks vom Kassenpersonal beaufsichtigt pro Zahlvorgang jeweils einmal ein Betrag abgebucht wird, muss bei den Kopierern automatisch jeweils ein gewisser Cent-Betrag pro Kopie vom Kartenguthaben abgezogen werden. Hier kommen sich jedoch die Geschwindigkeit der Kopierer und der Kartenleser in die Quere. Würde man nach dem Auflegen der Chipkarte auf den Kartenleser einfach kopieren können und würde eine Abwertung der Chipkarte erst am Ende erfolgen, könnte man durch Wegnehmen der Chipkarte die Bezahlung verhindern. Auf der

anderen Seite würde der Kopiervorgang deutlich länger dauern, wenn vor jeder einzelnen Kopie der jeweilige Betrag von der Karte abgebucht werden müsste – das Chipkartensystem ist dafür einfach zu langsam. Deshalb haben sich die Verantwortlichen der Datenverarbeitung in der Universitätsverwaltung ein nicht unbedingt komfortables System ausgedacht: Vor Beginn des Kopiervorgangs wird ein gewisser Betrag (wahrscheinlich 5 Euro) von der Chipkarte heruntergenommen und im Kopierer gespeichert. Bis dieser aufgebraucht ist, kann man dann beliebig viele Kopien erstellen. Am Ende muss man am Kopierer auf eine Logout-Taste drücken und be-

kommt das restliche Geld wieder auf die Chipkarte gutgeschrieben. Nimmt man die Chipkarte vorher wieder vom Leser oder kommt es während des Vorgangs zu irgendeiner Störung am Kopierer, ist das Guthaben erst einmal weg. In einem Zeitraum von voraussichtlich 30 Sekunden lässt sich dies noch korrigieren, allerdings können in der Zeit auch andere das Guthaben nutzen. Danach wird es wahrscheinlich darauf hinauslaufen, dass man sich ein paar Tage später das Guthaben an einer zentralen Anlaufstelle am Campus wieder zurückerstatten lassen kann.

In ersten Testversuchen ist die verwendete Software auf den Kopierern auch noch sehr langsam.

Bis nach dem Einschalten bzw. dem Start aus dem Stand-By-Betrieb alle Funktionen verfügbar sind, dauert es derzeit einige Minuten – für eine schnelle Kopie zwischen zwei Vorlesungen also völlig ungeeignet. Es bleibt zu hoffen, dass diese Probleme bis zur Einführung noch behoben werden. Die Finanzierung der ganzen Umstellung ist bis heute nicht geklärt;

seitens der Universitätsverwaltung wird immer noch auf die Studiengebühren geschickt. Dies ist für uns als ADF weiterhin nicht akzeptabel. Mit den Kopierern verdienen die einzelnen Institute, Seminare und sonstige Einrichtungen eine Menge Geld, die neuen Kopierer sind im Betrieb sogar günstiger als die alten. Und der hohe Aufwand, der aktuell betrieben wird, um die Probleme

mit den verwendeten Systemen in den Griff zu bekommen, darf auch kein Argument für eine Bezahlung aus Studiengebühren sein. Hier hätte man vielmehr erwarten können, dass bereits zum Zeitpunkt der Ausschreibung sowohl der Kopierer als auch des Chipkartensystems auf die Praxistauglichkeit geachtet wird. In Anbetracht der Summen, die die entsprechenden Firmen von der

Universität für Kopierer und Chipkartensystem bekommen, hätte man die Funktionsfähigkeit der Chipkartenzahlung der Kopien in die Ausschreibung aufnehmen können. Wenn man jedoch erst hinterher entsprechende Anforderungen stellt, darf man sich nicht wundern, wenn die Firmen noch einmal die Hand aufhalten – dies darf jedoch nicht zu Lasten der Studierenden gehen.

SEMESTERTICKET-ABSTIMMUNG: VORVERHANDLUNGEN IM GANGE

von Mark Sakschewski

Wie jedes Jahr stehen im November Gespräche mit den Bahngesellschaften an, um den Rahmen für die Fortführung des Semestertickets an unserer Universität abzustecken. Mittlerweile beruht das Semesterticket Göttingen auf drei Einzelverträgen, der größte wird mit der DB Regio AG, Region Nord, abgeschlossen. Der AStA hat eine Reduzierung der Preissteigerung des DB-Anteils auf unter 6 % erreichen können und damit einen noch deutlicheren Anstieg verhindert. Die Tatsache, dass man damit immer noch über den allgemeinen Tarifierhöhungen im Nahverkehr liege, begründet die DB damit, dass man eine „Annäherung an den Marktpreis“ erzielen wolle. Auch der NVV/cantus-Anteil erhöht sich geringfügig, nachdem er zwei Jahre lang konstant geblieben war.

ÄNDERUNGEN AB 9.12.2007

Mit dem allgemeinen Fahrplanwechsel am kommenden Sonntag verändert sich auch die Betreiberlandschaft in Niedersachsen. Die Westfalenbahn – nicht im Semesterticket inbegriffen – übernimmt die Strecke Bad Bentheim-Rheine-Osnabrück-Kirchlengern im Zweistundentakt, der Regionalexpress Rheine-Osnabrück-Hannover-Braunschweig ist jedoch weiterhin zweistündlich mit dem Semesterticket nutzbar. Dadurch verlängert sich jedoch die Reisezeit von Rheine nach Göttingen um ca. 35 Minuten. Vollkommen überraschend kam hingegen das Aus für die Strecke

Helmstedt-Schöppenstedt: Hier wird ein Busverkehr das Zugangebot vollständig ersetzen, bis dann im Jahr 2012 eine „Regio-stadtbahn“ diese Strecke befahren soll. Auch ganz im Norden Niedersachsens vollzieht sich ein Wechsel: Der metronom und die S-Bahn Hamburg übernehmen den Streckenabschnitt Harburg-Stade-Cuxhaven; diese Strecke ist jedoch auch weiterhin mit dem Semesterticket der Universität Göttingen nutzbar. Ferner betreibt die metronom ab nächster Woche auch noch die Regionalbahnlinie Tostedt-Harburg-Lüneburg: Bei einer Reise nach Hamburg führt also nun kein Weg mehr an metronom vorbei.

WACKELKANDIDAT LEINEFELDE

Die Teilstrecke Göttingen-Leinefelde hat sich bereits im aktuellen Vertragszeitraum als Preistreiber herausgestellt. Die Betreibergesellschaft (DB Regio AG, Region Südost aus Leipzig) verfolgt eine sehr aggressive Preispolitik: Über 1000 % (Verzehnfachung) in zwei Jahren – das muss man erstmal schaffen. Die auf dieser Strecke parallel verkehrende ErfurterBahn kann aufgrund geschlossener Tarifabkommen für diesen Zeitraum kein eigenständiges Angebot abgeben. Ob Leinefelde ab 1. Oktober 2008 weiterhin im Semesterticket inbegriffen sein wird, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

KEINE ERWEITERUNG BIS FULDA

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund

(RMV), in dessen Tarifgebiet Fulda liegt, lässt vorerst keine Erweiterung des Göttinger Semestertickets zu, so dass Studierende mit Fahrtziel Fulda weiterhin Anschlusstickets erwerben müssen.

WER BEKOMMT DEN SEMESTERTICKETBEITRAG?

Besonders in Ballungsräumen sind es häufig Verkehrsverbünde, die den örtlichen Nahverkehr organisieren und bezahlen. Wenn bei Einzelfahrten Start und Ziel innerhalb eines Tarifgebiets liegen, bekommt der jeweilige Verkehrsverbund den vollständigen Ticketbetrag. Liegen aber Start und Ziel jenseits einer Tarifgrenze, erfolgt eine komplizierte Einnahmeverteilung. Würde man eine Fahrt von Hamburg nach Göttingen mit einem Einzelticket antreten, würde der Ticketpreis also unter den jeweiligen Verkehrsträgern HVV (Hamburg), GVH (Hannover),

VSN (Südniedersachsen), LNVG (Land Niedersachsen) und der Betreibergesellschaft metronom aufgeteilt. Die Einnahmeverteilung spezieller Zeitkarten, auf denen kein genauer Start- und Zielbahnhof eingetragen ist (wie z.B. das Semesterticket oder das Niedersachsenticket), erfolgt nach festen Quoten, die durch die gefahrenen Kilometer einer Betreibergesellschaft und Fahrgastzahlungen festgelegt werden.

Das Studierendenparlament wird voraussichtlich noch in der ersten Dezemberwoche die Durchführung einer Urabstimmung parallel zu den allgemeinen Uni-Wahlen im Januar beschließen. Dann liegt es an euch, mit euren Stimmen über die Weiterführung des Semestertickets im Wintersemester 2008/09 und Sommersemester 2009 zu entscheiden.

Der Wadenbeißer im Netz

WADENBEISSER-ARCHIV IM INTERNET

Immer wieder werden wir gefragt, wo man auch ältere Ausgaben des Wadenbeißers bekommen kann, da wir uns in unseren Artikeln des Öfteren auch auf frühere Ausgaben beziehen. Die Antwort ist einfach: Seit mittlerweile sieben Jahren stellen wir zeitgleich mit Beginn der Verteilung der gedruckten Ausgabe den Wadenbeißer in elektronischer Form auf unserer Webseite

www.wadenbeisser-online.de

zum Download bereit. Im Wadenbeißer-Archiv liegen alle Ausgaben, die seit Oktober 2000 erschienen sind (ab Nr. 25), im pdf-Format.



WIRTSCHAFTSPÄDAGOGIK IN GÖTTINGEN BLEIBT BESTEHEN

von Konstantin Brand und Kai Horge Oppermann

Am Donnerstag der letzten Woche teilte Studiendekan Prof. Rübél mit, dass der Studiengang Wirtschaftspädagogik (WiPäd) erhalten werden soll. Dies ist das Ergebnis des langen Kampfes der Fachschaft Wiwi für den Erhalt des Studiengangs. Das Problem besteht seit der Umstellung auf Bachelor/Master, da eine Ausnahmegenehmigung für die Studienrichtung I (ohne zweites Schulfach) nicht wieder erteilt werden sollte. Diese Ausnahmeregelung ermöglicht Göttinger Absolventen den Zugang zum Vorbereitungsdienst. Trotz zahlreicher Versuche der Fakultät und des zuständigen Professor Achtenhagen um die Wiedererteilung einer Ausnahmeregelung spitzte sich das Thema im Sommer zu. Plötzlich wurde von den Professoren nicht nur diese Studienrichtung in Frage gestellt, sondern auch die Studienrichtung II und

der gesamte Lehrstuhl. Immer wieder forderte die Fachschaft Wiwi den Erhalt, da die Einstellung des Studiengangs aufgrund des exzellenten Rufes eine enorme Schwächung des Standortes Göttingens bedeutet hätte.

Vor einigen Monaten konnte von keiner Seite eine konkrete Aussage darüber getroffen werden, warum genau die WiPäd geschlossen werden sollte. Auf Nachfrage bei der Fakultät wurde man an die Ministerien und an das Präsidium verwiesen, von dort dann an die jeweils anderen zurück. Deshalb suchte die Fachschaft im Sommer das Gespräch u.a. mit der Landtagsabgeordneten Frau Dr. Andretta, mit Vizepräsidentin Prof. Groneberg, dem Studiendekan Prof. Rübél und Prof. Achtenhagen. Danach entschied die Fachschaft, den Druck zu erhöhen und die Probleme öffentlich zu machen.

Ziel war neben dem Erhalt auch immer Planungssicherheit für die Studierenden zu erreichen. Briefe an die Ministerien wurden geschrieben, die Presse berichtete, Eltern und Studierende brachten ihre Ängste und Befürchtungen zum Ausdruck. Im Herbst folgte eine Petition an den Niedersächsischen Landtag. Außerdem wurden weitere Gespräche mit Landtagsabgeordneten, Präsidium und Dekanat geführt, wo zumindest Bestandsschutz für die aktuellen Studierenden angekündigt wurde.

Am 22. November wurde das Thema im Landtagsausschuss für Wissenschaft und Kultur diskutiert. Dort wurde die Petition als strittig erklärt, so dass die Sondergenehmigung für die WiPäd I im Dezember im Landtag thematisiert wird. Im Fakultätsrat am letzten Mittwoch kündigte Dekan Prof. Klasen eine positive Wendung

an. Gleichzeitig auch, dass eine Umstrukturierung der WiPäd-Ausbildung geplant sei, da im Master der Studienrichtung II keine betriebswirtschaftlichen Inhalte vermittelt werden, der Hauptkritikpunkt der BWL-Professoren.

Noch ist der Kampf um die Göttinger WiPäd nicht zu Ende. Die geplanten Umstrukturierungen müssen nun mit studentischer Beteiligung begonnen werden. Es ist immer noch geplant, den Lehrstuhl neu auszurichten, so dass er zukünftig auch für den Bereich Personal zuständig wäre. Unklar ist, ob die Studienrichtung I weiterhin angeboten wird, wenn sie nicht mehr direkt zum Lehramt führt.

Der Erhalt der WiPäd und damit der Berufsschullehrerausbildung ist damit erreicht. Bleibt noch zu hoffen, dass der Landtag eine Sondergenehmigung für die WiPäd I ausspricht.

VIEL LÄRM UM NICHTS

von Silja-Katharina Haufe

In den letzten Wochen war häufig über die bevorstehende Schließung der Altamerikanistik in den Zeitungen zu lesen. Besonders oft wurden Interviews mit Prof. Dr. Gordon Whittaker zitiert. Whittaker berichtete über den Masterstudiengang, den er im Zuge der Umstellung auf Bachelor und Master entwickelt hatte, und den das Präsidium der Universität kurz vor dem Besuch der Gutachter der Akkreditierungsagentur vom Akkreditierungsplan gestrichen hatte. Nun fürchtet Whittaker scheinbar, nicht weiter lehren zu können, da die Altamerikanistik in keinen der derzeit angebotenen Studiengänge richtig eingebettet sei. Einen eigenen Studiengang gab es allerdings auch in der Vergangenheit nicht.

Einen eigenen Master für „Linguistische Anthropologie und Altamerikanistik“ einzurichten, sei derzeit laut Universitätsleitung aber auch wenig sinnvoll. Die

bisherigen Lehrveranstaltungen werden im Rahmen der auslaufenden Magisterstudiengänge in der Sozialwissenschaftlichen und der Philosophischen Fakultät von dem alleinigen Fachvertreter Prof. Whittaker angeboten. „Seine Professur wurde 1990 als sogenannte Fiebigger-Professur personengebunden für Whittaker eingerichtet und fällt mit seinem Ausscheiden an das Land Niedersachsen zurück“, so Uni-Präsident von Figura. Einen Master mit nur einer Professur einzurichten, komme ebenso wenig in Frage wie eine Finanzierung weiterer Lehraufträge aus Studiengebühren, wie sie von Whittaker favorisiert wird. Hinzu komme, dass die Masterstudiengänge sowohl an der Sozialwissenschaftlichen als auch an der Philosophischen Fakultät planmäßig erst zum Wintersemester 2009/2010 eingerichtet werden. Da die Professur 2019 mit Whittakers Emeritierung

wegfällt, müsste der neue Studiengang dann schon sechs Jahre nach seiner Einführung wieder abgewickelt werden.

Derzeit passe die Altamerikanistik weder in das Forschungsprofil der einen, noch der anderen Fakultät hinein, und auch die Entwicklungspläne der beiden Fakultäten sähen eine Verstärkung nicht vor.

Whittaker könne aber natürlich weiterhin Module in verschiedenen Bachelorstudiengängen anbieten, und auch in einen Masterstudiengang werde sich die Altamerikanistik einbetten lassen. Außerdem, so von Figura abschließend, würde die Universität Whittaker gern unterstützen, wenn dieser Bestrebungen verfolgen sollte, in einem überregionalen Verbund einen Masterstudiengang „Altamerikanistik“ einzurichten. Hierfür wäre möglicherweise die „Kultur-anthropologie/Altamerikanistik“ an der Universität Hannover

geeignet. Wichtig wäre, dass der Studiengang an einer Hochschule angesiedelt würde, an der mindestens eine der den Studiengang tragenden Professuren auch strukturell verankert ist.

Mit seinem Weg an die Presse hat Whittaker sich und der Universität vermutlich keinen Gefallen getan. Musste doch seine Professur vor einigen Jahren schon aufgrund eines Zwistes innerhalb der Sozialwissenschaftlichen Fakultät an die Philosophische Fakultät verlegt werden, sorgt er nun erneut für Unruhen. Auch scheint er seine Kontakte nach Amerika bestens genutzt zu haben, äußerte sich doch erst kürzlich ein Professor der Stanford University, die amerikanischen Kollegen seien entsetzt über das Vorgehen des Präsidiums, und fügte hinzu, dass dadurch der Ruf der Göttinger Universität – die einmal Vorbild für amerikanische Universitäten gewesen sei – Schaden nehme.

NEUES INTERNETPORTAL „MOVEON“ STELLT WELTWEITE KOOPERATIONEN DER UNI VOR

Die Georg-August-Universität pflegt auf der ganzen Welt Partnerschaften zu anderen Universitäten. In mehr als 100 Ländern arbeitet sie mit über 874 Hochschulen und Forschungseinrichtungen zusammen. Nun bietet die Georgia Augusta das Portal „MoveOn“ auf ihrer Homepage an, welches über vorhandene Austauschprogramme und internationale Kooperationen informiert. Unter www.uni-goettingen.de/moveonline/cooperations wird der Umfang der Kooperationen und Austauschmöglichkeiten dargestellt. Eine systematische Suche wird durch diverse Kriterien, wie Kooperationsart-, Länder-, Universitäts-, Fachbereichs-, sowie Fachrichtungsauswahl, unterstützt. Besonders attraktiv für Studierende, die sich für einen Auslandsaufenthalt interessieren, ist der zweite Teil des Portals: www.uni-goettingen.de/moveonline/exchanges bietet einen Einblick in alle Austausch-

programme der Universität. Hier kann zudem eine differenzierte Auswahl über die Art der Austauschprogramme getroffen werden. Kriterien sind Studierenden- oder Wissenschaftleraus-tausch, das California Programm sowie Erasmus-Möglichkeiten für Studierende, Dozenten und auch das Erasmus-Intensiv-Programm. Neben Kurzinfos findet man dort unter anderem weiterführende Internetangebote und Kontakte zu Ansprechpartnern.

Kontinent	Partner
Afrika	47
Asien	135
Europa	490
Mittelamerika	17
Nordamerika	107
Ozeanien	17
Südamerika	61
Alle	874

SUB IST „ORT DER IDEEN“ 2008

Die Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (SUB) ist aufgrund ihrer vielfältigen innovativen Aktivitäten als Kompetenzzentrum für die Digitale Bibliothek als „Ort der Ideen“ 2008 ausgewählt worden. Sie setzte sich unter rund 1.500 Bewerbungen in einem deutschlandweiten Wettbewerb durch und wurde zu einem der „365 Orte im Land der Ideen“ ausgewählt. An jedem Tag des nächsten Jahres stellen sich die prämierten Institutionen, Initiativen und Einrichtungen vor. Sie alle wurden ausgezeichnet, weil sie besondere Innovationen entwickeln und zukunftsorientierte Projekte umsetzen. Die Unibibliothek wird am 27. Oktober kommenden Jahres ihr Forschungs- und Dienstleistungsspektrum mit dem Schwerpunkt Digitalisierung präsentieren. Letzterer gehöre „zu den vordringlichsten Auf-

gaben einer modernen wissenschaftlichen Bibliothek“, so der Direktor der SUB, Dr. Norbert Lossau. „Einen weltweit ungehinderten und schnellen Zugang zu wissenschaftlicher Information zu gewährleisten und für zukünftige Generationen zu sichern“, sei essentiell.

Die SUB kooperiert gegenwärtig mit mehr als hundert nationalen und internationalen Partnern in Forschungs- und Entwicklungsprojekten. Das Hauptgewicht der Bibliothek liegt in der Digitalisierung des gedruckten wissenschaftshistorischen und kulturellen Erbes. Über das Internet frei verfügbar sind schon jetzt über fünf Millionen Buchseiten. Highlight des Angebotes ist das Göttinger Exemplar der Gutenbergbibel, welches in das Register des UNESCO-Weltdokumentenerbes aufgenommen wurde.

PROGRAMM DER UNI-KINOS

03.12.07 Die Legende von Paul und Paula	17.12.07 Angel
04.12.07 Fluch der Karibik I	08.01.08 Sterben für Anfänger
05.12.07 Fluch der Karibik II	09.01.08 Invasion
06.12.07 Fluch der Karibik III	10.01.08 Planet Terror
08.12.07 20 Jahre Nikolaus-Party	14.01.08 dunkelblauaufschwarz
10.12.07 Die Könige der Nutzholzgewinnung	15.01.08 Transformers
11.12.07 Clerks 2	16.01.08 Beim ersten Mal
12.12.07 Liebe braucht keine Ferien	17.01.08 Die Simpsons Night
13.12.07 Stellungswechsel	Montag: clubkino Dienstag: oscar Mittwoch: MEMO Donnerstag: campusfilm Jeweils 19:30 Uhr, ZHG 011



kopieren drucken binden



Skripte

Dissertationen

Diplom- & Magisterarbeiten

Plakate

Partyflyer

Einladungskarten

klartext GmbH · print- & medien-service
 direkt am Campus · Weender Landstr. 8-10
 Tel. 05 51/4 99 70-0 · www.kopie.de · info@kopie.de



RÜCKMELDUNG BEREITS IM JANUAR

Die Fristen für die Rückmeldung für das jeweils folgende Semester waren bereits im Sommersemester um jeweils einen Monat nach vorne verlegt worden; der Senat hatte die Immatrikulationsordnung entsprechend angepasst. Die Rückmeldung für das kommende Sommersemester muss also bereits im Januar erfolgen, für das Wintersemester im Juni. Grund für diese Umstellung ist, dass die freiwerdenden Studienplätze von nicht zurückgemeldeten Studierenden rechtzeitig an Studienortwechsler vergeben werden

sollen. Für das Sommersemester 2008 muss bei der Rückmeldung der Semesterbeitrag in Höhe von voraussichtlich 693,52 Euro (500 Euro Studiengebühren, 75 Euro Verwaltungskostenbeitrag, 48 Euro Studentenwerk (hier muss der Stiftungsrat in dieser Woche noch über eine Beitragsanpassung entscheiden), 62,52 Euro Bahn-Semesterticket und 8 Euro Studierendenschaftsbeitrag) entrichtet werden. Langzeitstudierende müssen zwischen 100 und 300 Euro zusätzlich bezahlen.

IDEEN ZUR STUDIENGEBÜHRENVERWENDUNG JETZT EINREICHEN

Bis zum 15. Dezember besteht für alle Studierenden wieder die Möglichkeit, eigene Ideen zur Verwendung der Studiengebühren einzureichen, die im bzw. ab dem kommenden Sommersemester umgesetzt werden sollen. Gemäß der vom Präsidium verabschiedeten Richtlinie zur Gebührenverwendung dürfen die Studiengebühren ausschließlich zur Verbesserung von Studium und Lehre verwendet werden. Dabei darf aus Studiengebühren keine Grundausstattung finanziert

werden, die für die Durchführung der Studiengänge unbedingt notwendig ist (Substitutionsverbot), außerdem dürfen auch keine neuen Studienplätze aus den Gebühren geschaffen werden (Kapazitätsneutralität). Über die Maßnahmen der einzelnen Fakultäten entscheiden dabei die Fakultätsräte auf Vorschlag der Studienkommissionen, bei den zentralen Maßnahmen das Präsidium auf Vorschlag der erweiterten zentralen Kommission für Lehre und Studium und nach Stellungnahme des Senats. Die Studienkommissionen sind dabei auch auf gute Vorschläge der Studierenden und der Lehrenden angewiesen. Deshalb sieht die Verwendungsrichtlinie vor, dass jedes Mitglied der Universität ein Vorschlagsrecht besitzt. Die Vorschläge sollen dabei beim Studiendekan der betroffenen Fakultät eingereicht werden.

Willkommen im Leben!

Finanzielle Freiheit und Vorsorge für Studenten

Start frei für Ihre Zukunft: Sicher haben Sie Träume und möchten das Leben genießen. Die Frage der Finanzierung beantwortet Ihnen die SEB BANK mit besonderen Lösungen für Studenten und Azubis – für alle finanziellen Freiheiten.

- Kostenloses Startkonto inklusive Maestro-Card und VISAVarioCard
- Vermögensaufbau, maßgeschneidert für Studenten (inklusive 100 Euro Startguthaben)
- KfW-Studienkredit zur Finanzierung der Lebenshaltungskosten

Sprechen Sie uns an!

SEB BANK Filiale Göttingen
Kundenberaterin Alexandra Hesse
Stumpfbiel 7-9
37073 Göttingen
Telefon (0551) 4951-37



IMPRESSUM

Redaktion

Konstantin Brand, Julian Brommer, Andre Dorenbusch, Silja-Katharina Haufe, Kai Horge Oppermann, Andreas Redeker, Mark Sakschewski, Heiner Wedeken, Christian Zigenhorn

Chefredakteur

Jan-Frederik Lücke (V.i.S.d.P.)

Layout

Julian Brommer, Andre Dorenbusch

Auflage

7.500 Exemplare

ISSN

1862-1864

ADF

Arbeitsgemeinschaft Demokratischer
Fachschaftsmitglieder
c/o FSR Wiwi

Platz der Göttinger Sieben 3
37073 Göttingen

www.adf-goettingen.de
adf@stud.uni-goettingen.de

Anmerkungen der Redaktion: Trotz der hier verwendeten männlichen Formen, wie z.B. 'der Leser', sind die weiblichen Counterparts natürlich ebenso gemeint. Die Redaktion hat auf den Text verunstaltende Konstruktionen, wie 'der/die LeserIn', 'der/die Leser(in)' oder gar 'der Leser / die Leserin', bewusst verzichtet, um die Lesbarkeit zu erhöhen.